

DEUTSCHLAND ABSCHREIBUNGSMÖGLICHKEITEN

Bundesregierung plant Steuerentlastungen für Wohnungsbau

Veröffentlicht am 29.08.2023 | Lesedauer: 2 Minuten



Der Wohnungsbau geriet zuletzt ins Stocken

Quelle: Bernd Wüstneck/dpa-Zentralbild/dpa/Symbolbild

Zuletzt war der jahrelang boomende Wohnungsbau wegen des starken Zinsanstiegs bei Krediten und teureren Materialien ins Stocken geraten. Nun soll Entlastung kommen und der Wohnungsbau mit steuerlichen Anreizen angekurbelt werden.

Die Bundesregierung will mit steuerlichen Anreizen den kriselnden Wohnungsbau (/themen/wohnungsbau/) ankurbeln. Dabei geht es um **erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten für Wohngebäude**, wie aus einem aktualisierten Entwurf des Wachstumschancengesetzes hervorgeht, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt. Der Entwurf soll am Mittwoch auf der Kabinettsklausur in Meseberg beschlossen werden.

Geplant ist demnach die Einführung einer sogenannten **degressiven AfA befristet für sechs Jahre** und mit Baubeginn ab dem 1. Oktober 2023. Das könnte den Staat rund eine halbe Milliarde Euro pro Jahr kosten. Bauministerin Klara Geywitz (SPD) hatte solche Steuererleichterungen für neue Wohngebäude ab Januar 2024 vorgeschlagen. Die degressive Abschreibung fördert eine schnellere Refinanzierung und soll dadurch Investitionsanreize schaffen, die die Bauwirtschaft stabilisieren

sollen.

Zuletzt war der jahrelang boomende Wohnungsbau wegen des starken Zinsanstiegs bei Krediten und teureren Materialien ins Stocken geraten. Die Baubranche bekam das deutlich zu spüren. Die vorgeschlagenen Steuerentlastungen sind Teil eines von Finanzminister Christian Lindner (FDP) geplanten Pakets zur Unterstützung der in der Konjunkturflaute kriselnden Wirtschaft.

Sein Entwurf für das Wachstumschancengesetz (</politik/deutschland/article246927394/FDP-kritisiert-Gruene-Es-ist-einfach-nur-dumm-von-Frau-Paus.html>) war vor zwei Wochen von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) blockiert worden. Grund war ein Streit um die Kindergrundsicherung. Die Koalition hat sich dazu aber mittlerweile auf Eckpunkte dazu geeinigt.

Vorgesehen sind nun Steuererleichterungen pro Jahr bis 2028 von im Schnitt rund sieben Milliarden Euro, etwa 400 Millionen Euro mehr als bisher geplant. Ein Kernelement des Entwurfs ist eine Prämie für Investitionen in den Klimaschutz.

dpa/krö

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/247175234>